Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 25. Mai 2011
Ausgabe 099
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **4**
Meldungen **4**
› Neues Rahmenkonzept für die offene Kinder- und Jugendarbeit 4
› Beginn der Badesaison – Informationen zur Isar und den Münchner Badeseen 5
› Präsentation des Projekts „Energieeffiziente Mobilität in einer älter werdenden Gesellschaft“ 7
› Fachtagung „Neubeginn im Heimatland“ 8
› NS-Dokumentationszentrum München realisiert Audioguide-Projekt mit Münchner Berufsschülern 9
› Vortrag „Estland im Aufbruch“ 10
› Vorstellung des Projektes „History Remix“ und Rundgang 11
› Zuschauerkino im Filmmuseum 11
› Münchner Hoagart'n in Pasing 12
› „Tag der offenen Tür“ der Stadtbibliothek Westend 12
› Stadtmuseum: Film „Studien zum Untergang des Abendlands“ 13
Antworten auf Stadtratsanfragen **14**
› Netzkapazitäten in den neuen Bundesländern und die Auswirkungen 14
› Verwirrung durch Kita-Aufnahmeantrag 18

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **20**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Donnerstag, 26. Mai, 11 Uhr, Grütznerstube im Rathaus
Oberbürgermeister Christian Ude informiert im Rahmen einer Pressekonferenz als Aufsichtsratsvorsitzender der GWG München gemeinsam mit den GWG-Geschäftsführern Hans-Otto Kraus und Dietmar Bock über das Jahresergebnis 2010, aktuelle Projekte und die weiteren Planungen der GWG München.

Wiederholung
Donnerstag, 26. Mai, 13.15 Uhr, 12. Obergeschoss des neuen Hochhauses an der Tegernseer Landstraße 165
Die Büschl Unternehmensgruppe präsentiert gemeinsam mit dem Bayerischen Staatsminister der Finanzen Georg Fahrenschon und Oberbürgermeister Christian Ude die Highlights des neu geschaffenen Areals auf dem ehemaligen Agfa-Gelände. Vom exklusiven Showroom aus haben Pressevertreterinnen und Pressevertreter einen großartigen Blick über das zukünftige „Parkviertel Giesing" und die Möglichkeit, mit Fahrenschon und Ude ins Gespräch zu kommen.
Um **14 Uhr** eröffnet Oberbürgermeister Christian Ude gemeinsam mit Fahrenschon und Günter Büschl, geschäftsführender Gesellschafter der Büschl Unternehmensgruppe, auf der Festwiese im Weißenseepark das Stadtteilfest „Anpfiff in Giesing". Gefeiert werden die Neubelebung des ehemaligen Agfa-Geländes mit dem „Parkviertel Giesing" und die Erfolge des Städtebauförderungsprogramms „Soziale Stadt" in Giesing.
Das Fest beginnt bereits ab 13 Uhr mit Blasmusik, bayerischen Schmankerln, Torwandschießen, Riesenkicker XXL sowie Spielmobil für kleine Gäste.

Wiederholung
Donnerstag, 26. Mai, 16.30 Uhr, Rathaus, Zimmer 200
Bürgermeister Hep Monatzeder überreicht drei Bürgern die vom Bayerischen Ministerpräsidenten verliehenen Ehrenzeichen für Verdienste im Ehrenamt. Damit werden sie für ihr großes Engagement für die Vereine der Kleingartenanlagen ausgezeichnet.

Wiederholung
Donnerstag, 26. Mai, 17 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal
Sitzung des Sportbeirates der Landeshauptstadt München.

Wiederholung
Donnerstag, 26. Mai, 18 Uhr, Stachus-Passagen, Karls-Rondell
Im Rahmen einer Galaveranstaltung der LBBW Immobillien Development GmbH spricht Oberbürgermeister Christian Ude zur offiziellen Eröffnung der Stachus-Passagen.

Wiederholung
Donnerstag, 26. Mai, 19 Uhr, Haus der Kunst, Prinzregentenstraße
Oberbürgermeister Christian Ude spricht Grußworte zum 50-jährigen Bestehen des Deutschen Taschenbuch Verlages (dtv).

Wiederholung
Freitag, 27. Mai, 9 Uhr, Israelitische Kultusgemeinde, Hubert-Burda-Saal, St.-Jakobs-Platz 18
Kurt Kapp eröffnet in Vertretung des Referenten für Arbeit und Wirtschaft die elfte Runde des Cross Mentoring München. Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, spricht Grußworte. Professor Dr. Carsten Wippermann von der Katholischen Stiftungsfachhochschule München referiert zur Frage „Warum wir eine neue Kultur der Führung brauchen?". Eine Podiumsdiskussion rundet die Veranstaltung ab.
An der neuen Runde nehmen 20 Unternehmen teil. Gemeinsam bilden sie 32 Tandems. Ein Tandem besteht aus einem ranghohen Mentor, der eine „Mentee", eine Frau am Karrierestart in einem fremden Unternehmen, betreut sowie in beruflichen Fragen berät. Ziel des Programms, das von der Münchner Unternehmensberatung Cross Consult durchgeführt und vom Referat für Arbeit und Wirtschaft unterstützt wird, ist die langfristige Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen bei Unternehmen am Wirtschaftsstandort München.
Achtung Redaktionen: Für die Teilnahme sind eine Akkreditierung und die Mitnahme des Presseausweises nötig. Anmeldungen bis 26. Mai, 12 Uhr, bei Daniel Grebe (Telefon: 2 33-2 20 06, daniel.grebe@muenchen.de).

Freitag, 27. Mai, 10 Uhr, M,O,C, Lilienthalallee 40
Bürgermeister Hep Monatzeder spricht Grußworte anlässlich der Eröffnung der ersten Europäisch-Arabischen Karriere- und Bildungsmesse – KUBRI, die bis zum 28. Mai stattfindet. Im Mittelpunkt der Messe stehen der Arbeitsmarkt, internationale Fachkräfte und die internationale Vernetzung des Bildungs- und Hochschulwesens.

Montag, 30. Mai, 10.30 Uhr, Bauernfeindstraße 11
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Auguste Heck im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Montag, 30. Mai, 12.30 Uhr, Oberanger, Höhe Schmidstraße
Oberbürgermeister Christian Ude spricht zur Übergabe des Denkmals für den ersten bayerischen Ministerpräsidenten, Kurt Eisner, an die Münchner Öffentlichkeit.

Montag, 30. Mai, 17 Uhr, Rathaus, Kleiner Sitzungssaal
Stadtrat Siegfried Benker (Bündnis 90/Die Grünen) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters beim Empfang anlässlich des 15-jährigen Bestehens des Büros für Rückkehrhilfen im Sozialreferat. Das Büro für Rückkehrhilfen unterstützt seit 1996 Flüchtlinge und Asylsuchende bei der Rückkehr in ihre Heimat. Zur Zeit des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien lebten rund 21.000 bosnische Vertriebene in München. Einstimmig beschloss der Münchner Stadtrat einen Sonderweg und forderte „Sichere Rückkehr statt Vertreibung ins Ungewisse". Ursprünglich auf ein Jahr befristet, wurde das Büro für Rückkehrhilfen zum festen Bestandteil der Migrationssozialarbeit in München. Heute ist die Beratungsstelle zuständig für alle Menschen, die aus München in ihre Heimat zurückkehren möchten und dafür Hilfe benötigen. Rund 13.000 Menschen konnten seither bei der Rückkehr unterstützt werden.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 1. Juni, 17.30 bis 19 Uhr,
BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Meldungen

Neues Rahmenkonzept für die offene Kinder- und Jugendarbeit
(25.5.2011) Dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss wurde gestern die neue Rahmenkonzeption für die offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) in München vorgestellt. In der OKJA sind in München das Stadtjugendamt

als öffentlicher Träger sowie 60 freie Träger tätig. Derzeit gibt es in der Stadt 88 regionale Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit („Freizeitstätten") und 33 überregionale Einrichtungen im Bereich Kinder- und Jugendkultur, Spiel- und Medienpädagogik sowie außerschulische Bildung. Hauptzielgruppe der OKJA sind die Sechs- bis 17-Jährigen, das sind in München ca. 120.000 Kinder und Jugendliche. Veränderte Bedingungen haben es erforderlich gemacht, die aus dem Jahr 1995 stammende „Rahmenkonzeption" zu überarbeiten:

- Die Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen haben sich zum Teil erheblich verändert – mit der Folge, dass sich auch die Chancen und Risiken, Bedürfnisse und Bewältigungsaufgaben verändert haben.
- In den vergangenen 15 Jahren gab es in der Wissenschaft, in der Praxis und auf politischer Ebene eine lebhafte Debatte über Aufgaben und Ziele der OKJA.
- Die OKJA in München hat sich ausdifferenziert und eine Professionalisierung erfahren, die zu neuen Spezialisierungen, fachlichen Profilen und zielgruppenspezifischen Kompetenzen geführt hat.
- Die Partnerinstitutionen in den Bereichen Schule, Kultur, Jugendhilfe und Sport haben in den vergangenen Jahren ihre Angebote für Kinder und Jugendliche neu ausgerichtet – „kooperative Ganztagsbildung" heißt das Stichwort.

All dies bietet neue Kooperationschancen und gab Anlass, das Profil der OKJA klarer zu bestimmen. Für die Erarbeitung der neuen Rahmenkonzeption kamen nicht nur eine große Zahl engagierter Praktikerinnen und Praktiker zu Wort. Auch die Kinder und Jugendlichen selbst wurden in verschiedenen Partizipationsprojekten beteiligt. Die neue Rahmenkonzeption ist im Internet abrufbar unter *www.muenchen.de/ris*, Sitzungsvorlage Nr. 08-14/ V 06619.

Beginn der Badesaison – Informationen zur Isar und den Münchner Badeseen

(25.5.2011) Sommerliches Wetter macht's möglich: Die Badesaison ist eröffnet. Doch nicht überall ist das Schwimmen und Bootfahren erlaubt. Was möglich ist, regelt die „Bade- und Bootverordnung", über die das Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) aus aktuellem Anlass informiert.

Freizeitspaß an der Isar

Da die Isar einerseits ein Wildfluss ist und andererseits mit Schleusen, Triebwerkanlagen und Wehren versehen ist, kann das Baden und Bootfahren nicht allerorten erlaubt werden. An Gefahrenzonen sind entsprechend Schilder angebracht. Gerade bei Hochwasser ist die Fließgeschwindigkeit in der Regel sehr schnell und entsprechend kann der Fluss gefährlich wer-

den. Das Baden und Bootfahren ist bei Hochwasser zwar nicht explizit verboten, das RGU appelliert aber an die Einsicht der Bürgerinnen und Bürger, sich nicht unnötigen Sicherheitsrisiken auszusetzen. Gerade bei Hochwasser führt die Isar immer wieder Treibgut mit sich, das bei der erhöhten Fließgeschwindigkeit eine Gefährdung für Leib und Leben darstellen kann. Alle sportlichen Aktivitäten an der Isar erfolgen auf eigene Gefahr.

Baden

Im Süden können Badende sich im Bereich ab dem Flauchersteg, über die Thalkirchner Brücke bis kurz vor den Marienklausensteg auf beiden Isarseiten erfrischen sowie nach dem Marienklausensteg bis zum Ende des Stadtgebiets. Die Innenstadt ist in zwei Bereiche aufgeteilt: Der erste Abschnitt beginnt an der Ostseite der Reichenbachbrücke und endet etwa in der Mitte zwischen Reichenbach- und Wittelsbacherbrücke. Derzeit wird hier die Isar noch durch die Projektpartner Wasserwirtschaftsamt München und Baureferat renaturiert. Der zweite Bereich in der Innenstadt, in dem das Baden in der Isar erlaubt ist, beginnt an der Ostseite kurz nach der Wittelsbacher Brücke. Ab der Braunauer Eisenbahnbrücke bis zur Wehranlage am Flauchersteg kann man auf beiden Isarseiten baden. Das Baden in der Isar ist im Norden 200 Meter nach der Max-Joseph-Brücke bis 200 Meter vor dem Oberföhringer Wehr auf der Ostseite erlaubt. Da das Baden generell in unmittelbarer Nähe von Stau- und Triebwerksanlagen, Überfällen, Schleusen, Strudelbildungen, Regenauslasskanaleinmündungen und sonstigen Gefahrenstellen verboten ist, darf auch an der Wittelsbacher Brücke und an der Wehranlage am Flauchersteg nicht gebadet werden.

Bootfahren

Mit dem Boot kann die Isar von Süden aus nach München kommend ab dem Wehr Großhesselohe bis unterhalb (nördlich) der Thalkirchner Brücke und im Norden von der Max-Joseph-Brücke bis knapp oberhalb des Oberföhringer Wehrs erkundet werden.

Surfen in der Innenstadt:

Das Surfen an der Eisbachwelle nahe des Hauses der Kunst ist im Sommer 2010 legalisiert worden. Allerdings gilt diese Erlaubnis nur für geübte Surferinnen und Surfer – weniger geübte Sportlerinnen und Sportler können sich an der Floßlände testen. Dabei erfolgt das Surfen auf eigene Gefahr. Das Schwimmen und Baden ist an beiden Stellen nicht erlaubt.

Novellierung der Bade- und Bootverordnung:

Das RGU strebt eine Ausweitung der Abschnitte zum Baden und Bootfahren an der Isar durch die Novellierung der Bade- und Bootverordnung an. Zunächst muss jedoch auf Anraten der Regierung von Oberbayern eine Flora-Fauna-Habitat-Verträglichkeitsuntersuchung gemacht werden.

Gerade im Isarbereich leben insbesondere seltene Tierarten, die auf der roten Liste geführt werden – dazu zählen die Fischarten Huchen und Koppe sowie der Biber. Da ein gesamter Jahresrhythmus nachvollzogen werden muss, sind erste Ergebnisse voraussichtlich Ende 2011 zu erwarten. Erst dann kann der Stadtrat über eine mögliche Ausweitung der Bereiche zum Baden und Bootfahren befinden.

Wasserqualität

Isar

Ein wesentlicher Beitrag für die Verbesserung der Wasserqualität der Isar wird in der Zeit vom 15. April bis zum 15. September geleistet. Während der Badesaison wird der Eintrag von Keimen durch die Behandlung des Wassers aus den Kläranlagenabläufen mit Ultraviolett-Licht deutlich reduziert. Dennoch: Die Isar ist ein Wildfluss; eine konstante Wasserqualität kann nicht garantiert werden. Gerade bei starkem Regen kann es zum Eintrag von Krankheitserregern kommen und dadurch zu einem vorübergehenden Infektionsrisiko für Badende. Das RGU bittet zudem alle Bürgerinnen und Bürger, keine Essensreste auf den Liegewiesen zu hinterlassen und Wasservögel nicht zu füttern.

Badeseen

Möglichkeiten zum Schwimmen bestehen auch an den sieben Münchner Badeseen (Fasanerie-See, Feldmochinger See, Langwieder See, Lerchenauer See, Luss-See, Regatta-See und Regatta-Anlage), deren Wasserqualität in der Badesaison (Mitte Mai bis Mitte September) monatlich vom RGU überprüft wird. Badegäste sollen so rechtzeitig vor Infektionsrisiken gewarnt werden. Die Wasserproben werden vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit mikrobiologisch untersucht. Darüber hinaus wird das Umfeld der Seen in 14-tägigem Abstand und gegebenenfalls anlassbezogen durch das RGU kontrolliert. Die mikrobiologischen Werte waren bei der jüngsten Probenahme am Montag,16. Mai, sehr gut. Das Baden ist in allen Münchner Badeseen aus hygienischer Sicht möglich. Übrigens, das Baden an der Würm ist im gesamten Stadtgebiet untersagt. Weitere Infos unter *www.muenchen.de/badeseen* sowie unter der Rubrik „Erholungsraum Isar“ auf *www.muenchen.de/isar.*

Präsentation des Projekts „Energieeffiziente Mobilität in einer älter werdenden Gesellschaft“

(25.5.2011) „Wie wirkt sich Europa vor der eigenen Haustüre aus?“ – das erfahren Münchnerinnen und Münchner im Rahmen der Reihe „Europa vor Ort“ am Freitag, 27. Mai, um 15 Uhr im Verkehrszentrum des Deutschen Museums München. Bei einer Podiumsdiskussion können die Gäste Fragen an Fachleute stellen und mehr über europäische Politik in Mün-

chen erfahren. Zudem wird das EU-Projekt AENEAS für „Energieeffiziente Mobilität in einer älter werdenden Gesellschaft“ anschaulich präsentiert. Besucher haben die Möglichkeit, Spezialräder auszuprobieren, die das Radeln im Alter erleichtern. Die Veranstaltung wird von der Aktion Europa, der Deutschen Gesellschaft e.V. Berlin, der Landeshauptstadt München, der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) und Green City e.V. durchgeführt.
Mit „Europa vor Ort“ schufen die Bundesregierung, die Europäische Kommission und das Europäische Parlament eine Veranstaltungsreihe, bei der sie unter dem Namen „Aktion Europa“ bundesweit gemeinsame Projekte aus den unterschiedlichsten europäischen Politikfeldern vorstellen. Das EU-geförderte Projekt „AENEAS – Energieeffiziente Mobilität in einer älter werdenden Gesellschaft“ zielt darauf ab, durch so genannte „weiche“ Maßnahmen die Mobilität in der Stadt durch umweltfreundliche Alternativen zum motorisierten Individualverkehr zu verbessern.
In München schulten und informierten Green City und die MVG bis Mai über 1.500 Bürgerinnen und Bürger fortgeschrittenen Alters zu den Themen zu Fuß gehen, Rad fahren und Öffentlicher Personennahverkehr. Das Kreisverwaltungsreferat trat mit den Seniorinnen und Senioren in Dialog, indem sie 10.000 zufällig ausgewählte Haushalte mit der Broschüre „Mobilitätswegweiser“ (Internet: *www.aeneas-project.eu/docs/SeniorenMobiWegweiser.pdf*) anschrieb. Mit einer Antwortkarte konnten sich die Empfänger weitere Informationsmaterialien bestellen oder für Kurse und Veranstaltungen anmelden – kostenfrei und je nach individueller Bedürfnislage. Oberbürgermeister Christian Ude erklärt: „Die Aktivitäten erfüllen gleich zwei wichtige Ziele: Seniorinnen und Senioren bleiben mobil und nehmen so leichter am vielfältigen, gesellschaftlichen Leben unserer Stadt teil. Gleichzeitig wird für umweltfreundliche Verkehrsarten Werbung gemacht.“
Weitere Infos zum Tagesablauf der Veranstaltung sowie zum Projekt AENEAS sind unter *europavorort.de/europa-vor-ort/stationen/munchen* beziehungsweise *www.aeneas-project.eu/de/?page=about_de* erhältlich.

Fachtagung „Neubeginn im Heimatland“

(25.5.2011) Wie können Hilfsstrukturen in Ländern aufgebaut werden, in die Flüchtlinge zurückkehren? Über diese Frage tauschen sich Expertinnen und Experten der Wohlfahrtsverbände, Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen, von Bundes- und Landesministerien sowie von internationalen Organisationen am kommenden Montag, 30. Mai, ab 9.30 Uhr bei der Fachtagung „Neubeginn im Heimatland“ im Großen Sitzungssaal des Rathauses aus. Der Neuanfang im Heimatland ist nach einem oft jahrelangen

Aufenthalt im Exil schwierig. Gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Strukturen haben sich verändert. Organisationen, die Heimkehrerinnen und Heimkehrer bei der Wiedereingliederung unterstützen, sind häufig kaum vorhanden. Langjährige praktische Erfahrungen der Rückkehrberatungsstellen zeigen, dass der Reintegrationsprozess durch Hilfsorganisationen und Partner vor Ort erleichtert werden kann. Insbesondere die direkte Zusammenarbeit zwischen Beraterinnen und Beratern in Deutschland und im Heimatland ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für eine nachhaltige Rückkehr- und Reintegrationshilfe. Vor allem ältere Menschen, Personen mit gesundheitlichen Problemen oder Behinderungen, ehemalige unbegleitete Minderjährige und alleinstehende Frauen benötigen Unterstützung bei der Wiedereingliederung im Herkunftsland. Auf der Fachtagung werden vorhandene Konzepte von Hilfsstrukturen vorgestellt. Netzwerke, die sich in der Praxis als erfolgreich bewährt haben, sollen gestärkt und weiter ausgebaut werden. Die Tagung wird organisiert vom EU-Projekt Coming Home des Büros für Rückkehrhilfen im Sozialreferat in Kooperation mit dem EU-Projekt Integplan von Micado Migration aus Saarbrücken. Weitere Informationen im Internet unter *www.muenchen.de/reintegration.*

NS-Dokumentationszentrum München realisiert Audioguide-Projekt mit Münchner Berufsschülern

(25.5.2011) Das NS-Dokumentationszentrum München und die Stiftung Zuhören stellen am Montag, 30. Mai, von 17 bis 19 Uhr ihr aktuelles Audioguide-Projekt mit Münchner Berufsschülerinnen und Berufsschülern im Funkhaus des Bayerischen Rundfunks vor. Das Projekt mit dem Titel „Münchner Zeitgeschichten – Von Bierkellern und NS-Architektur“ wurde gemeinsam mit dem Referat für Bildung und Sport der Landeshauptstadt München sowie mit Unterstützung des Bayerischen Rundfunks realisiert. Als Ort der Gründung und des Aufstiegs der NSDAP spielte München eine herausragende Rolle für die Entstehung der nationalsozialistischen Diktatur. In den 1920er und 1930er Jahren war die Stadt Schauplatz wechselvoller Ereignisse von großer historischer Tragweite. Doch wer kennt heute noch die Orte, die in der Weimarer Republik Brennpunkte des politischen und gesellschaftlichen Lebens waren? Wer weiß, welche Funktion und Bedeutung die Bauten hatten, die im Auftrag der Partei errichtet wurden? Schülerinnen und Schüler der Städtischen Fachschule für Bautechnik und der Städtischen Berufsschule für das Hotel-, Gaststätten- und Braugewerbe haben die bewegte Vergangenheit historischer Orte in München erkundet. Die jungen Erwachsenen haben zwei Audioguide-Reihen entwickelt und die zum Teil vergessene Geschichte dieser Orte wieder „hörbar“ gemacht. In lebendigen Szenen und Toncollagen spüren die Audiorundgänge

der politisch aufgeheizten Atmosphäre in den Münchner Bierkellern und der Bau- und Nutzungsgeschichte ausgewählter Gebäude aus der Zeit des Nationalsozialismus nach.
Im Rahmen der Veranstaltung sprechen Dr. Anne-Barb Hertkorn vom NS-Dokumentationszentrum München, Marion Glück-Levi von der Stiftung Zuhören und Christian von Hoerner vom Referat für Bildung und Sport der Landeshauptstadt München über das Projekt und dessen Bedeutung für die Entwicklung zeitgemäßer Angebote in der politisch-historischen Bildungsarbeit mit jungen Erwachsenen. Im Anschluss präsentieren die Projektteilnehmerinnen und -teilnehmer ihre selbst gestalteten Hörstücke mit einem akustischen Rundgang auf den Spuren der Geschichte. Eine Fotopräsentation rundet das Programm ab. Die Veranstaltung moderiert die BR-Hörfunkjournalistin Elke Dillmann, die die Schülerinnen und Schüler während des Projekts als Mediencoach begleitet hat.
Veranstaltungsort ist der Saal im Foyer des BR-Funkhauses, Rundfunkplatz 1, 80335 München. Es wird um Anmeldung unter Telefon 2 33-2 44 34 oder thomas.rink@muenchen gebeten.

Vortrag „Estland im Aufbruch“

(25.5.2011) Estland hat als 17. Land der Europäischen Union zum 1. Januar 2011 den Euro eingeführt. Mit der Entwicklung innovativer Technologien wie Skype und e-Wahlen erregte der nördlichste der baltischen Staaten in den letzten Jahren großes Aufsehen. Die estnische Hauptstadt Tallinn trägt 2011 den Titel der Kulturhauptstadt Europas. Genügend Gründe, das junge EU-Mitgliedsland mit seinen 1,3 Millionen Einwohnern näher kennen zu lernen: Maris Hellrand von der Kommunikationsabteilung der Europäischen Kulturhauptstadt Tallinn 2011 berichtet am 30. Mai, 17 Uhr, in der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig, Ebene 1.1, aus ihrer Heimat. Der Vortrag wird vom Europe Direct Informationszentrum München & Oberbayern veranstaltet.
Im Anschluss eröffnet Jüri Arusoo, Gesandter der Estnischen Botschaft in Berlin, die Fotoausstellung „Linnuu Eesti – Im Vogelflug über Estland“. Die Luftbildaufnahmen des estnischen Fotografen Endel Grensmann sind vom 30. Mai bis zum 30. Juli in der Fotogalerie der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig, Ebene 2.1 und 2.2, zu sehen. Die Ausstellung wird in Zusammenarbeit mit dem Estnischen Institut in Ungarn und der Estnischen Botschaft in Berlin gezeigt und steht allen Besuchern von montags bis freitags von 10 bis 19 Uhr sowie samstags von 11 bis 16 Uhr offen. Der Eintritt ist frei.
Das Europe Direct Informationszentrum München & Oberbayern ist ein Gemeinschaftsprojekt des Fachbereichs Europa im Referat für Arbeit und

Wirtschaft der Landeshauptstadt München (Federführung) und des Kulturreferats mit Förderung der Europäischen Kommission. Weitere Informationen unter *www.muenchner-stadtbibliothek.de/europa*

Vorstellung des Projektes „History Remix“ und Rundgang
(25.5.2011) Am Samstag, 28. Mai, stellt Stefanos Pavlakis um 17 Uhr im Münchner Stadtmuseum, Studio im Erdgeschoss, St.-Jakobs-Platz 1, das Projekt „History Remix“ vor. Der Rundgang findet im Rahmen der 4. Münchner Integrationstage statt. Der anschließende Audiowalk zum Thema „Fakten und Fiktionen über die Arbeitsmigration in München“ mit Stefanos Pavlakis ist eine außergewöhnliche Stadtführung durch München. Der Künstler setzt sich mit Schilderungen von Zeitzeugen und Fotos auseinander. Die Teilnehmer des Rundgangs erleben anhand von fiktiven, aber auch dokumentierten Eindrücken die Arbeitsmigration mit – und somit auch einen essenziellen Teil der neueren Geschichte der Stadt. Das Projekt „History Remix“ findet im Kooperation mit dem Dritte Welt Zentrum e.V., der InitiativGruppe – interkulturelle Begegnung und Bildung e.V., dem Trägerkreis Eine Welt Haus München, dem Interkulturellen Forum München und dem Kulturreferat der Landeshauptstadt München statt. Der Eintritt zur Präsentation ist frei. Für den Stadtrundgang benötigen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein MVV-Ticket für den Innenraum München.

Zuschauerkino im Filmmuseum
(25.5.2011) Das „Zuschauerkino“ im Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, das vom Förderverein MFZ (Münchner Filmzentrum) organisiert und moderiert wird, hat inzwischen schon einen heimlichen Kultstatus erlangt. Am Donnerstag, 9. Juni, heißt es um 19 Uhr in der Veranstaltungsreihe „Open Scene“ wieder „Offene Leinwand“ für die Kurzfilme der Zuschauer, die ihre Filme im Kino persönlich präsentieren. Bis Freitag, 27. Mai, können unter Angabe der Kontaktdaten und Titel, Länge und Format des Films noch Beiträge angemeldet und eingereicht werden: E-Mail: zuschauerkino@yahoo.de oder Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum (Büro im 1. Obergeschoss), St.-Jakobs-Platz 1, 80331 München, Telefon 2 33-2 05 38.
Jede Zuschauerin/jeder Zuschauer kann ihre/seine selbst gedrehten Filme einreichen. (Fast) alles ist möglich, solange der Film nicht länger als 15 Minuten ist. Wer teilnehmen will, muss außerdem den Film persönlich im Kino vorstellen. Möglich sind die Formate 35 Millimeter, 16 Millimeter, DigiBeta, BetaSP, VHS, DVD und Mini DV. Die Veranstalter behalten sich vor, Filme nicht zuzulassen, wenn sie als nicht geeignet für die Veranstaltung eingestuft werden.

Nach der Vorführung am 9. Juni lädt das MFZ Teilnehmer und Publikum zu einem Umtrunk in den 1. Stock des Filmmuseums ein.
Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro. Teilnehmende Filmemacher erhalten bis zu fünf Freikarten für die Veranstaltung.

Münchner Hoagart'n in Pasing
(25.5.2011) Am Freitag, 27. Mai, 19 Uhr, lädt das Kulturreferat der Landeshauptstadt München wieder zu einem Hoagart'n ein. Der Münchner Hoagart'n ist ein monatliches offenes Sänger- und Musikanten-Treffen, bei dem die teilnehmenden Gruppen nicht ausgewählt oder bestellt sind, sondern sich selbst melden. Die Veranstaltungsorte variieren, die Hoagart'n finden jeweils in einem anderen Stadtteil statt. Es wird gemeinsam gesungen, musiziert, Gedichte vorgetragen und Geschichten erzählt. Gemütlich, unterhaltsam und abwechslungsreich gestaltet sich der Abend bei Musik und Bewirtung. Dieses Mal ist der Hoagart'n in der Gaststätte „Zur Post" in der Bodenseestraße 4 unter der Hoagart'n-Leitung von Ulrike Zöller. Zum Singen und Musizieren haben sich bereits angekündigt: die Menzinger Sänger, das Duo Knöpf + Soat'n, der Landsberieder Saitensprung, die Schwabinger Saitenmusik, die ZiachSaitenMusi und die Höllriegelskreuther Klarinettenmusik. Der Eintritt ist frei, Gäste sind herzlich willkommen, Saalöffnung ab 18 Uhr, Platzreservierungen können leider nicht vorgenommen werden. Nähere Infos unter *www.muenchen.de/volkskultur*

„Tag der offenen Tür" der Stadtbibliothek Westend
(25.5.2011) Am Samstag, 28. Mai, lädt die Stadtbibliothek Westend, Schrenkstraße 8, zum „Tag der offenen Tür" ein. Von 12 bis 17 Uhr ist die Bibliothek geöffnet zum Kennenlernen, Ausleihen und Schmökern. Für neue Kunden der Stadtbibliothek gibt es Gutscheine für ein Jahr lang kostenloses Lesen. Mit einem Bibliotheksausweis können alle Münchner Stadtbibliotheken genutzt werden. Beim Flohmarkt „Bücher & mehr" kann jeder sein persönliches Schnäppchen finden. Es wird auch ein großes Angebot an Büchern in Türkisch und Englisch geben. Im Basar gibt es Handarbeiten türkischer Frauen zu bewundern. Um 14 Uhr findet für Kinder ab vier Jahren unter dem Motto „Sprachen der Welt" eine mehrsprachige Vorlesestunde statt. Der Eintritt ist frei. Das Team der Stadtbibliothek Westend freut sich auf zahlreiche Besuche. Der Tag der offenen Tür findet im Rahmen des International Neighbours' Day statt. Um 14 Uhr beginnt das große Nachbarschaftsfest der Einrichtungen rund um die Bibliothek. Auf der Bühne beim Multikulturellen Jugendzentrum spiegeln vielfältige Darbietungen das reiche kulturelle Leben auf der Schwanthalerhöhe wider.

Stadtmuseum: Film „Studien zum Untergang des Abendlands“

(25.5.2011) „Underdox“, das internationale „Filmfestival für Dokument und Experiment“, feiert zur Hälfte seiner Vorbereitungszeit wieder „Halbzeit“: Am Donnerstag, 26. Mai, wird um 19 Uhr in der Veranstaltungsreihe „Open Scene“ des Filmmuseums im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, der neueste Film von Klaus Wyborny, „Studien zum Untergang des Abendlands“ (1979/2010, 80 Minuten) gezeigt. Klaus Wyborny ist zu Gast.

Klaus Wyborny gilt als einer der großen Avantgarde-Dokumentarfilmer Deutschlands. In seinem neuesten Dokumentarfilm „Studien zum Untergang des Abendlands“ bringt er Super-8-Material aus über 20 Jahren mit einer Musik zusammen, die an frühe Stummfilmbegleitungen erinnert. Die Aufnahmen zeigen heruntergekommene Industrielandschaften, industrielle Friedhöfe und Ruinen. Mit der Reaktorkatastrophe von Fukushima erhält der Film eine unfreiwillige Aktualität, die eine Geschichte des Untergangs beschreibt und die Geschichte der Menschheit als einen Kreislauf von entstehenden und vergehenden Kulturen versteht. Wybornys Bilder von industriellen Ruinen zeigen die Begrenztheit des technischen Fortschritts, der immer vom Ende her gedacht werden sollte.

Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro. Telefonische Kartenreservierungen sind unter 2 33-9 64 50 möglich. Weitere Informationen im Internet unter *www.underdox-festival.de*.

Das Festival „Underdox 2011“ findet vom 29. September bis zum 6. Oktober statt.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Netzkapazitäten in den neuen Bundesländern und die Auswirkungen
Anfrage Stadtrat Josef Schmid (CSU) vom 22.3.2011

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 22.03.2011 führen Sie als Begründung aus:

„Nach Aussagen des Netzbetreibers 50 Hertz Transmission steht das Stromnetz in den neuen Bundesländern regelmäßig wegen massiver Überlastung vor dem Kollaps. Durch die hohe Volatilität des Windstromes kommt es an manchen Tagen zur Produktion von mehr als der doppelten Menge an Strom, die das Stromnetz transportieren kann. Die Speicherkapazitäten reichen bei Weitem nicht aus, die überschüssigen Strommengen zu speichern. Die Produktionsspitzen können auch nicht durch Verbrauch nivelliert werden. Leitungsverbindungen zum Starkstromnetz der alten Bundesländer existieren nur an drei Stellen, so dass der überschüssige Strom auch nicht dorthin abfließen kann. Dadurch ist der Netzbetreiber gezwungen, an sehr windigen und/oder sonnigen Tagen die Betreiber von Wind- und Solarparks aufzufordern, ihre Leistung zu drosseln."

Vorab bedanke ich mich für die entsprechend meiner Zwischennachricht vom 11.04.11 gewährte Terminverlängerung.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die in den operativen Geschäftsbereich der Stadtwerke München GmbH (SWM) fallen. Hierzu darf im Folgenden deren Antwort wiedergegeben werden:

Vorbemerkung der SWM:
In der Anfrage wird Bezug genommen auf Aussagen des Netzbetreibers 50 Hertz Transmission, welcher das Stromnetz der neuen Bundesländer wegen massiver Überlastung regelmäßig als „vor dem Kollaps stehend" beschreibe. Die gesetzliche Grundlage für die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien ist im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) 2009 geregelt. Grundsätzliche Regelungen zur leitungsgebundenen Energie finden sich darüber hinaus im Energiewirtschaftsgesetz (EnWG). Grundsätzlich sind bezüglich der aufgeworfenen Thematik die nachfolgend beschriebenen Möglichkeiten denkbar:

1. Sofern Wind- oder Solarparks auf Grund von Netzüberlastung (d.h. die Kapazität der Leitung am Einspeisepunkt ist ausgereizt) über dem Soll produzieren, kann der Netzbetreiber nur über § 11 EEG 2009 die Einspeisemenge der Windparks reduzieren oder die Windparks abschalten. In diesem Fall hat der Anlagenbetreiber einen Anspruch auf Vergütung der entgangenen Einspeisung entsprechend §12 EEG 2009. Details sind hierzu im Leitfaden zum EEG-Einspeisemanagement geregelt.

2. Kommt es zu einer Abschaltung auf Grund von Schieflast im Netz („Notabschaltung"), d.h. es wird mehr Energie erzeugt als verbraucht wird, kann der Netzbetreiber entsprechend §13 und §14 EnWG abschalten, ohne diese Abschaltung vergüten zu müssen. Vorher muss er jedoch alles tun, um die maximale Menge an EEG-Energie abzunehmen. Das heißt, dass zunächst konventionelle Kraftwerke abgeschaltet werden müssen. Darüber hinaus muss der Netzbetreiber dies dokumentieren und auf entsprechende Nachfrage nachweisen können.

Keine der beiden Möglichkeiten sind, seit die SWM an Solarparks (Helmeringen und Rothenburg) und Windparks (Havelland und „wpd 50") beteiligt sind – nach eigener Kenntnis und Aussage der Betriebsführer bzw. der Geschäftsführung der Solarparks – eingetreten.

Frage 1:
Inwiefern sind die Stadtwerke München mit ihren Beteiligungen bei Wind- bzw. Solarparks von solchen Drosselungen/Abschaltungen betroffen?

Antwort der SWM:
Die Beteiligungen im Solar- und Windbereich der SWM unterliegen grundsätzlich den in der Vorbemerkung dargestellten gesetzlichen Vorschriften.

Frage 2:
Wie oft wurden solche Drosselungen oder Abschaltungen vorgenommen?

Antwort der SWM:
Bei Wind- und Solarparkbeteiligungen der SWM ist es bislang weder zu einer Drosselung noch zu einer Abschaltung durch den Netzbetreiber aus diesen Gründen gekommen.

Frage 3:
Wie hoch beziffern die SWM den entgangenen Gewinn durch die Kapazitätendrosselung, weil man durchaus mehr hätte produzieren und ins Netz einspeisen können?

Antwort der SWM:
Da es zu keiner Drosselung und Abschaltung bislang gekommen ist, sind auch keine Gewinne entgangen. Unabhängig davon gibt es nach § 12 EEG für diese Fälle einen Vergütungsanspruch.

Frage 4:
Inwieweit ist man mit dem Netzbetreiber im Gespräch, um eine Verbesserung der Situation herbei zu führen?

Antwort der SWM:
Für diesbezügliche Gespräche mit dem vorgelagerten Netzbetreiber besteht kein Gesprächsbedarf. Im Übrigen darf hierzu auf die Vorbemerkung verwiesen werden.

Frage 5:
Kann die Belieferung der Münchner Ökostromkunden auch bei einer Drosselung oder einem Ausfall der Einspeisung in den neuen Bundesländern sichergestellt werden?
5. a) wenn ja, woher stammt dann der zusätzlich benötigte Öko-Strom?
5. b) wenn nein, woher stammt dann der zusätzlich benötigte Strom?

Antwort der SWM:
Strom aus Anlagen, die eine Einspeisevergütung nach dem EEG erhalten, muss an den jeweiligen Netzbetreiber geliefert werden, in dessen Netz die Strommengen eingespeist werden. Dieser zahlt die entsprechenden Vergütungen an den Anlagenbetreiber. Die eingespeisten EEG-Mengen werden bundesweit von den Übertragungsnetzbetreibern täglich am Spotmarkt verkauft. Das jährliche Defizit von gezahlten Einspeisevergütungen und Verkaufserlösen am Spotmarkt (im zweistelligen Milliardenbereich) wird in Form der EEG-Quote bundesweit an die Endkunden verrechnet (derzeit mit 3,5 Cent/kWh). Anlagen, in die die SWM mit bis zu 9 Milliarden Euro investieren, erhalten üblicherweise Einspeisevergütungen nach dem EEG oder nach den in dem jeweiligen EU-Land gültigen Vergütungsregelungen. Dieser Strom steht daher für eine Vermarktung als Ökostrom an SWM-Kunden nicht zur Verfügung. Durch Zertifizierungen der Ökostromprodukte und Mengenbilanzierungen im Rahmen der eingespeisten und

vergüteten Erneuerbare Energie-Mengen ist sichergestellt, dass die Ökostrommengen, die von den SWM in eigenen erneuerbaren Energieanlagen erzeugt werden, die Mengen übersteigen, die als Ökostrom an die Kunden verkauft werden.

Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit zufriedenstellend beantwortet werden konnten.

Verwirrung durch Kita-Aufnahmeantrag
Anfrage Stadträte Hans Podiuk und Josef Schmid (CSU) vom14.1.2011

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Zum 14.01.2011 stellten Sie eine Anfrage gem. §68 der Geschäftsordnung der Landeshauptstadt München in o.g. Angelegenheit. In Ihrer Anfrage baten Sie um Auskunft zur Anmeldung von Kindern unter drei Jahren in den städtischen Kindergärten. Für die verzögerte Beantwortung bitte ich um Verständnis.

Zu den im Einzelnen gestellten Fragen kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Warum sollen die Eltern einen Aufnahmeantrag ausfüllen, bei dem lt. abschließendem wichtigen Hinweis bereits festgestellt wird, dass die Anmeldung derzeit nicht berücksichtigt wird und mit Vollendung des 3. Lebensjahres erneut ein Aufnahmeantrag gestellt werden muss?

Antwort:
Gemäß §1 Absatz 3 Buchstabe a) der Kooperationseinrichtungs- und Kindertagesstättensatzung sind die städtischen Kindergärten für Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr an bis zum Beginn der Schulpflicht vorgesehen. Dementsprechend sind beispielsweise neben der Ausstattung auch die pädagogischen Konzeptionen und die Raumprogramme der Einrichtungen ganz wesentlich auf Kinder dieser Altersgruppe ausgerichtet. Kinder jüngeren Alters sind in aller Regel die Zielgruppe von Kinderkrippen bzw. Kooperationseinrichtungen. Dennoch ist im Kindergarten auch eine Aufnahme von jüngeren Kindern nicht vollkommen durch die Satzungsvorgaben ausgeschlossen, d.h. prinzipiell möglich.

Stichtag für die Berechnung des Lebensalters ist hier gemäß §3 Absatz 2 der o.g. Satzung der 01.09. des jeweiligen Jahres, an dem die Kinder zwei Jahre und zehn Monate alt sein müssen resp. am 31.10 des jeweiligen Jahres drei Jahre.
Da sich die Kriterien zur Aufnahme in den Kindergarten an der oben dargestellten Definition der primären Zielgruppe orientieren, wurde in der Satzung ebenfalls festgelegt, dass Kinder, die nach den o.g. Stichtagen zwei Jahre und zehn Monate bzw. drei Jahre alt werden, bei der Vergabe der Plätze gegenüber Kindern im Alter von drei bis fünf Jahren nachrangig zu behandeln sind. Dies spiegelt sich dadurch wider, dass Kinder unter drei

Jahren bzw. zwei Jahren und zehn Monaten nach den Vorgaben der Satzung Rangstufe 4 erhalten, Kinder im Alter von drei, vier und fünf Jahren jedoch die höheren Rangstufen 3 und 2. Darüber hinaus erfordert die Aufnahme von Kindern unter drei Jahren stets eine einzelfallbezogene Genehmigung.

Frage 2:
Gemäß § 1 Abs. 3 a) der Kooperationseinrichtungs- und Kindertagesstättensatzung ist die Aufnahme von unter dreijährigen Kindern möglich. Wieso wird für diesen Kundenkreis einerseits ein gesondertes Formular verwendet und andererseits darin eine verbindliche Anmeldung ausdrücklich ausgeschlossen?

Antwort:
Wie bereits in der Antwort zu Frage 1 dargestellt, stellt die Aufnahme von Kindern unter drei Jahren in den Kindergärten aus den o.g. Gründen den Ausnahmefall dar, da für Kinder unter drei Jahren Kinderkrippen und Kooperationseinrichtungen vorgesehen und in aller Regel die Kindergärten durch die Aufnahme von Kindern ab drei Jahren belegt sind.
Durch das gesonderte Formular wird den Kindertagesstätten eine Unterscheidung der Kinder erleichtert, die altersmäßig der (primären) Zielgruppe von Kindergärten angehören und den Kindern, die im Regelfall dem Nutzerkreis einer Kooperationseinrichtung oder Krippe angehören und nur ausnahmsweise aufgenommen werden. Darüber hinaus stellt sich teilweise erst bei der ersten Vorsprache der Eltern in der Einrichtung heraus, dass die Kinder für den Kindergarten „zu jung“ sind. Mit dem gesonderten Formblatt kann die Einrichtung dennoch bereits einige Informationen entgegennehmen, sodass bei Vollendung des dritten Lebensjahres das Ausfüllen des „regulären“ Antrags auf Aufnahme rasch(er) erledigt werden kann, da ein Teil der notwendigen Informationen bereits der Einrichtung vorliegt. Darüber hinaus sind durch den gesonderten Antrag auf Aufnahme die Kinder, die der primären Zielgruppe (noch) nicht angehören, dennoch in der Einrichtung bereits bekannt und könnten ggf. bei vorhandenen Kapazitäten und Vorliegen der weiteren Voraussetzungen (z.B. passende Räumlichkeiten, ein entsprechendes pädagogisches Konzept) kontaktiert und aufgenommen werden.

Frage 3:
Kann dieses Vorgehen als kundenfreundlich bzw. familienfreundlich bezeichnet werden?

Antwort:
Die in Ausnahmefällen mögliche Aufnahme von Kindern unter drei Jahren bzw. zwei Jahren und zehn Monaten in den Kindergarten bzw. ein beschleunigtes Ausfüllen des Antrags auf Aufnahme durch die bereits vorliegenden Informationen kann aus Sicht des Referats für Bildung und Sport durchaus als kunden- bzw. familienfreundlich bezeichnet werden.

Frage 4:
Gibt es Planungen, dieses „Schildbürgerverfahren" im optimierten Regiebetrieb für Kindertagesbetreuung zu ändern?

Antwort:
Optimierungen und Weiterentwicklungen des Einschreibeverfahrens, insbesondere auch im Hinblick auf die Umorganisation des Referats für Bildung und Sport durch die Gründung des optimierten Regiebetriebs Kindertageseinrichtungen, sind sicherlich notwendig.
Wie dahingehend die für die nächste Einschreibung nötigen Formblätter (um-)gestaltet werden, steht bis dato noch nicht fest. Eine Zusammenführung der beiden unterschiedlichen Formulare „Antrag auf Aufnahme" wird in diesem Rahmen durch das Referat für Bildung und Sport geprüft.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 25. Mai 2011

München tritt ein gegen die Zwangsverrentung!
Antrag Stadtrats-Mitglieder Andreas Lotte, Christian Müller, Dr. Constanze Söllner-Schaar (SPD) und Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Gülseren Demirel, Jutta Koller (Bündnis 90/ Die Grünen)

Anpassung der Verordnung der Landeshauptstadt München über die Rudi-Sedlmayer-Halle
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Josef Assal und Verena Dietl (SPD)

Raumnot in der staatlichen Fachober- und Berufsoberschule Technik beheben
Antrag Stadtrats-Mitglieder Ursula Sabathil und Josef Schmid (CSU)

Hardware für Härtefälle auch in München
Antrag Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU)

Fuß- und Radweg an der Wolfratshauser Straße weiterbauen – sichere Kreuzungsmöglichkeit an der Siemensallee einrichten
Antrag Stadtrats-Mitglieder Michael Kuffer und Dr. Manuela Olhausen (CSU)

Städtische Flugblätter – bitte auch gegen Linksextremisten!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Fraktion
Die Grünen – rosa liste

SPD
Stadtratsfraktion

München, den 25.05.2011

Antrag

München tritt ein gegen die Zwangsverrentung!

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Landeshauptstadt München lässt juristisch prüfen, inwiefern es zulässig ist, Menschen, die älter als 63 Jahre alt sind, zur Beantragung einer Altersrente zu verpflichten. Des weiteren setzt sich der Oberbürgermeister über den deutschen Städtetag für eine Gesetzesänderung ein, um diese Regelung abzuschaffen.

Begründung:

Die Bundesregierung verfolgt eine absurde Strategie: Zum einen will sie die Lebensarbeitszeit immer weiter anheben – letztendlich sollen die Menschen in Deutschland erst im Alter von 67 Jahren in Rente gehen. Zum anderen werden nun SGB II-BezieherInnen, die älter als 63 Jahre alt sind, gesetzlich gezwungen, eine Altersrente zu beantragen. Die entsprechende Regelung des § 12 a SGB II ist zwar bereits am 1.1.08 in Kraft getreten, doch scheinbar wird sie jetzt - vermutlich im Zuge von Einsparbemühungen - vermehrt eingesetzt. In letzter Zeit haben uns auf alle Fälle etliche Beschwerden von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern erreicht. Die Jobcenter werden durch diese Regelung verpflichtet, betroffene Bürgerinnen und Bürger zur Rente zu zwingen, auch wenn sie dadurch bei ihrer künftigen Rente auf Dauer Abschläge in Kauf nehmen müssen. Bürgerinnen und Bürger, die auf diese Weise in die Rente gezwungen werden, haben keinerlei Anspruch mehr auf Leistungen nach dem SGB II (etwa Eingliederung in den Arbeitsmarkt) sondern würden allesamt in die Sozialhilfe abgeschoben. Andererseits hätten sie aber auch keinen Anspruch auf Leistungen wie der Grundsicherung im Alter, da sie das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (diese Grenze soll zudem sukzessive auf 67 angehoben werden). Dieses völlig widersprüchliche, diskriminierende und entwürdigende Verfahren soll natürlich zum einen die Arbeitsmarktzahlen schönen, zum anderen die Kosten auf die Kommune abwälzen. Die Landeshauptstadt München kann weder diese Form der Altersdiskriminierung noch diese Art der Einsparung von Bundesmitteln auf Kosten der Kommunen hinnehmen. Darüber hinaus scheint es uns rechtlich äußerst bedenklich, die betroffenen Menschen zu zwingen, Abschläge bei ihrer Rentenzahlung hinzunehmen, v.a. vor dem Hintergrund der mittlerweile veränderten Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt.

Initiative:
Siegfried Benker
Gülseren Demirel
Jutta Koller
Christian Müller
Andreas Lotte
Dr. Constanze Söllner-Schaar

Mitglieder im Stadtrat

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Dr. Josef Assal
Verena Dietl
Stadtratsmitglieder

München, den 25.05.2011

Anpassung der Verordnung der Landeshauptstadt München über die Rudi- Sedlmayer-Halle

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob die Verordnung der Landeshauptstadt München über die Rudi-Sedlmayer-Halle an die Verordnungen zum städtischen Stadion an der Grünwalder Straße und zur Allianz-Arena anzupassen ist.

Begründung

Die Verordnungen zur Fröttmaninger Arena und zum städtischen Stadion an der Grünwalder Straße enthalten gegenüber der Rudi -Sedlmayer-Hallenverordnung Punkte wie

- ein Zutrittsverbot für Personen mit Stadionverbot (§ 3 Abs. 3 Satz 2),
- das Verbot von gewaltverherrlichendem, rassistischem, fremdenfeindlichem und rechts- bzw. linksextremistischem Propagandamaterial (§ 5 Abs. 1 Buchstabe a),
- eine Präzisierung von verbotenen mechanischen betriebenen Lärminstrumenten (z. B. Pressluftfanfaren), Geräte zur Geräusch- oder Sprachverstärkung (z.B. Megaphon) in § 5 Abs. 1,
- das Verbot sonstiger gefährlicher Gegenstände (z. B. Laserpointer, § 5 Abs. 1)
- eine Ermächtigung für die Landeshauptstadt München zum Erlassen von Maßnahmen im Einzelfall (§ 6).

Wegen des anstehenden Basketball-Bundesliga-Betriebs ist die Prüfung einer Anpassung der Sedlmayer-Hallenverordnung sinnvoll.

Dr. Josef Assal
Verena Dietl
Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Josef Schmid **Ursula Sabathil**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
24.05.11

Raumnot in der staatlichen Fachober- und Berufsoberschule Technik beheben

Dem Stadtrat wird dargestellt, wie die Raumnot der Fachober- und Berufsoberschule Technik langfristig behoben werden kann. Daneben werden kurzfristige, für die Schule tragbare Zwischenlösungen aufgezeigt.

Begründung:
Wegen akuter Raumnot in der Fachober- und Berufsoberschule Technik kann der Unterricht laut Presseberichterstattung nicht immer ordnungsgemäß stattfinden. Da auch weiterhin steigende Schülerzahlen erwartet werden, ist es unumgänglich notwendig einerseits eine sinnvolle, kurzfristige Zwischenlösung zu finden und andererseits für eine Langfristige, bedarfsgerechte Ausstattung zu sorgen. Die Landeshauptstadt München ist hier als Sachaufwandsträger in der Verantwortung.

gez.
Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

gez.
Ursula Sabathil, Stadträtin
stv. Fraktionsvorsitzende

CSU-Fraktion,Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München;
Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de; wzim.de

Dr. Georg Kronawitter

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
25.05.11

Hardware für Härtefälle auch in München

Der Stadtrat möge beschließen:

Dem Stadtrat wird dargestellt, welche Möglichkeiten in München Hartz-IV-Empfänger haben, kostenlos an einen gebrauchten PC nach dem Beispiel des Vereins „Computerspende Hamburg“ /1/ zu kommen.

Es wird auf dieser Informationsbasis aufgezeigt, ob es in München einen Handlungsbedarf für die Stadt gibt, dieses gute Hamburger Beispiel in vollem Umfang zu übernehmen.

Begründung:
In /1/ wird vom jahrelangen ehrenamtlichen Einsatz eines Hamburger Ehepaars im Rahmen der „Computerspende Hamburg“ berichtet, nach Abklärung der Bedürftigkeit Hartz-IV-Empfänger mit einer gebrauchten PC-Anlage inkl. Drucker und Scanner auszustatten. Dieses Projekt dient dazu, Hartz IV-Empfängern nicht nur die Teilhabe an Internet & Co zu ermöglichen, sondern sie auch technisch in die Lage zu versetzen, zeitgemäße Bewerbungen zu erstellen. Erfreulicherweise wird das Hamburger Projekt von vielen namhaften Firmen unterstützt, die dem Verein ihre z. T. erst drei Jahre alten Büro-PCs kostenlos zur Verfügung stellen.

Es steht München gut an, hier nicht nachzustehen.

Quellen:
/1/ Süddeutsche Zeitung Nr. 109 (12.Mai 2011) Seite 9

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

CSU-Fraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de
Tangastraße 28; 81827 München; email: csu@georg-kronawitter.de wzim.de

Dr. Manuela Olhausen **Michael Kuffer**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
25.05.11

Fuß- und Radweg an der Wolfratshauser Straße weiterbauen – sichere Kreuzungsmöglichkeit an der Siemensallee einrichten

Das Baureferat wird aufgefordert, zeitnah den Fuß- und Radweg an der Wolfratshauser Straße stadteinwärts von der Josephinenstraße bis zum Schmiedberg weiterzubauen. Zugleich soll eine sichere und den Vorschriften entsprechende Kreuzungsmöglichkeit für Radfahrer und Fußgänger an der Kreuzung Siemensallee eingerichtet werden.

Begründung:
Der Fuß- und Radweg an der viel befahrenen Wolfratshauser Straße (B11) endet stadteinwärts an der Josephinenstraße und beginnt dann erst wieder am Schmiedberg. Dazwischen sind Fußgänger und Radfahrer derzeit gezwungen auf die Straße oder die Grünflächen dahinter auszuweichen. Aufgrund dieser Gefahrensituation ist es dringend notwendig, einen Fuß- und Radweg beidseitig an der ganzen Wolfratshauser Straße einzurichten und zwar baldmöglichst. Schon jetzt gibt es diverse Anwohnerbeschwerden über diese untragbare Situation. Die Lage wird sich zudem bald noch weiter verschärfen, da durch die aktuelle Bebauung auf dem ehemaligen Siemens-Areal in Kürze mehrere tausend Einwohner in diese Region zuziehen werden.

Eine weitere gefährliche Situation für Fußgänger und Radfahrer soll in diesem Zusammenhang auch dringend beseitigt werden: Die ungesicherte Querung an der Kreuzung Siemensallee – derzeit ist es sehr gefährlich für Fußgänger oder Radfahrer die Kreuzung zu überqueren, da keine Ampelsicherung für Fußgänger und Radfahrer vorhanden ist. Ein besonderes Problem ist hier der freilaufende Rechtsabbiegerverkehr. Diese Gefahrenstellen müssen im Zuge des Ausbaus der Wolfratshauser Straße ebenfalls dringend entschärft und adäquat umgebaut werden.

gez.
Dr. Manuela Olhausen
Stadträtin

gez.
Michael Kuffer
Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; wzim.de

BIA
inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
25.05.2011

Städtische Flugblätter – bitte auch gegen Linksextremisten!

Ich beantrage:

Die Stadt – zweckmäßigerweise das Schulreferat oder das Direktorium – erarbeitet analog zu den seit kurzem von der „Fachstelle gegen Rechtsextremismus“ verbreiteten Flugblättern unter dem Sammelmotto „Das wird man doch noch fragen dürfen...“ eine Flugblattreihe, die über einige häufige von Linksextremisten verbreitete Vorurteile aufklärt.

Begründung:

Die Bekämpfung des „Rechtsextremismus“ ist zweifelsohne eine der zentralen Aufgaben der Münchner Zivilgesellschaft im 21. Jahrhundert.

Zahlen und Kriminalitätsstatistiken sprechen freilich eine andere Sprache. Eine Antwort der Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage der Linksfraktion im Bundestag belegte erst kürzlich einen bemerkenswerten Anstieg der Zahl gewaltbereiter Linksextremisten: im Jahr 2005 wurden dem gewaltbereiten linken Spektrum demnach bundesweit noch 5.500 Personen zugerechnet, 2009 waren es schon 6.600. Noch stärker als die Zahl der Täter stieg die Anzahl der linksmotivierten Gewaltverbrechen. Diese verzeichnete 2009 einen sprunghaften Zuwachs von 55 %. Auch in absoluten Zahlen wurden wesentlich mehr links als rechts motivierte Gewaltverbrechen festgestellt.

Der aktuelle „Sicherheitsreport 2010“ des Münchner Polizeipräsidiums dokumentiert für die Landeshauptstadt München eine ähnliche Tendenz: während „rechts“ motivierte Straftaten innerhalb eines Jahres um 19,4 % zurückgingen und gerade einmal 20 Gewaltdelikte gezählt wurden, stieg die „links“ motivierte Kriminalität im gleichen Zeitraum um 34,1 % an; auch die Zahl der Gewaltdelikte mit linkem Hintergrund stieg innerhalb eines Jahres von 65 auf 69 Fälle, liegt also mehr als dreimal so hoch wie die „rechte“ Gewaltkriminalität in München.

b.w.

Mit Blick auf die jüngsten Anschläge in Berlin registriert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) inzwischen eine „neue Eskalationsstufe des linksextremistischen Terrors“. Medien zitierten GdP-Chef Bernhard Witthaut mit den Worten: „Auch der RAF-Terror hat mit der verharmlosenden sogenannten Gewalt gegen Sachen begonnen. Später wurden Menschen ermordet“ (zit. nach: www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article1650223/Brandanschlag-auf-Bahn-Polizei-fehlt-heisse-Spur.html; 24.05.2011).

Schon vor dem zahlenmäßigen Hintergrund erschließt sich die Erfordernis einer konzertierten Flugblattkampagne der Stadt gegen „Rechts“ nur zögerlich – noch weniger angesichts der oftbekundeten Absicht der Stadt, gegen Extremismus von rechts wie von links gleichermaßen wachsam zu sein.

Um ihr Bekenntnis nicht ganz ad absurdum zu führen, sollte die Stadt deshalb das hier vorgeschlagene Angebot annehmen und eine ähnlich vehemente Flugblatt-Kampagne wie gegen „Rechtsextremisten“ auch gegen „Linksextremisten“ initiieren. Auch hier werden bekanntermaßen „Vorurteile“ en masse verbreitet, die geeignet sind, insbesondere Heranwachsende nachhaltig zu desorientieren und, wie die aktuellen Zahlen belegen, in ein gewaltbereites Fahrwasser abdriften zu lassen.

Hätte sich die Stadt den ausgewogenen Kampf gegen *jedweden* politischen Extremismus schon früher zueigen gemacht und z.B., wie vom Antragsteller gefordert, auch eine „Fachstelle gegen Linksextremismus“ ins Leben gerufen, wäre es nun ungleich einfacher, die hier angeregte Flugblattkampagne gegen Linksextremisten dort anzusiedeln. In Ermangelung einer adäquaten Stelle bietet es sich nun an, die künftigen Themen-Flugblätter gegen Linksextreme vom Schulreferat erarbeiten zu lassen; ersatzweise verfügt sicher auch das Direktorium über kompetentes Personal.

Karl Richter
Stadtrat